

EU-Gipfel

Ratlos am Abgrund



Ein Befreiungsschlag für die EU in der Krise ist nicht in Sicht.

Bild: Keystone / AP

Eric Gujer

Grosse Vorhaben beginnen manchmal klein. Der heutigen EU sieht man nicht mehr an, dass ihre Ursprünge in der sogenannten Montanunion liegen, einer in den fünfziger Jahren gegründeten Behörde zur Kontrolle der deutschen und französischen Kohle- und Stahlindustrien. Es ist nachgerade die Methode der europäischen Integration, langsam und auf Umwegen zu wachsen. So kommt der vom Ratspräsidenten Van Rompuy vorgelegten Skizze zur wirtschaftlichen und politischen Zukunft der Euro-Zone einige Bedeutung zu, auch wenn Bundeskanzlerin Merkel prophylaktisch schon einmal abgewinkt hat. Aber die schleichende Dynamik der Vergemeinschaftung hat noch niemand gestoppt.

Grundsätzliches in Nebensätzen

Van Rompuys Papier, das die Staats- und Regierungschefs am Donnerstag und Freitag in Brüssel erörtern, enthält bemerkenswerte Ungleichgewichte. Die Vorschläge für eine einheitliche Bankenaufsicht für die Euro-Zone, für eine supranationale Einlagenversicherung und ein Regime zur Abwicklung bankrotter Banken sind recht konkret. Auch das Plädoyer für eine Kastration der nationalen Parlamente durch den Transfer ihres Budgetrechts nach Brüssel lässt an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig. Hingegen fielen Van Rompuy und seinen Mitautoren nur wenige Zeilen zur demokratischen Legitimation einer massiv gestärkten zentralen Bürokratie ein. Diese Zurückhaltung hat ihre Gründe. Zum einen sind die Brüsseler Eliten vorrangig an den finanztechnischen Aspekten der Vorschläge interessiert, weil man auf diese Weise hofft,

Deutschland zur Vergemeinschaftung der Schulden bewegen zu können. Zum anderen lehnen zahlreiche Euro-Länder, allen voran Frankreich, die Verlagerung von Souveränitätsrechten ab.

Vor allem aber ist völlig unklar, wie die Brüsseler Maschinerie demokratisch besser verankert werden könnte. Soll das EU-Parlament gestärkt werden, oder müssten die nationalen Parlamente sehr viel intensiver in die Entscheidungsprozesse eingebunden werden? Müsste nicht auch die EU-Kommission durch Direktwahl ihres Präsidenten demokratisch abgestützt und zu einer europäischen Regierung ausgebaut werden? Welcher Platz bliebe dann aber noch für die Nationalstaaten, die jetzt im Rat eine Mitregierung bilden? Wer diese Fragen ernsthaft stellt, betritt ein Minenfeld aus nationalen Interessen, Kompetenzgerangel und verfassungsrechtlichem Oberseminar. Um eine weniger weit gehende EU-Verfassung auszuarbeiten, waren zu Beginn des Jahrtausends lange Debatten nötig – die Verfassung kam trotzdem nie zustande. Es war daher von Anbeginn an eine irrwitzige Idee anzunehmen, man könnte unter dem akuten Zeitdruck der Schuldenkrise die EU von Grund auf umgestalten.

Die Diskussion über die politische Union ist vielmehr Ausdruck tiefer Ratlosigkeit. Derzeit scheint es weder vorwärts- noch rückwärtszugehen. Die bisherigen Mechanismen zur Krisenbewältigung haben sich als unzulänglich erwiesen. Mit wenigen Ausnahmen sind unterdessen alle Südländer unter den Rettungsschirm geschlüpft, ohne dass sich eine spürbare Gesundung einstellt. Andererseits ist ein Befreiungsschlag nicht in Sicht. Ein Konsens über weitergehende Schritte im Sinne Van Rompuy liegt in weiter Ferne.

Der Euro, einst als Instrument der Einigung gedacht, spaltet zugleich die EU immer weiter. Die Südländer kämpfen nur für ihre nationalen Belange; ob eine Schulden-Union Deutschland überforderte und damit die Krise verschlimmerte, interessiert sie nicht. Ein Ertrinkender greift eben nach jedem Rettungsring. In Deutschland breitet sich zugleich eine trotzig Anti-Stimmung aus: Wir zahlen nicht mehr, wir geben keine Rechte ab, wir haben überhaupt genug. Zugleich vertieft sich der Graben zwischen Euro-Ländern und den übrigen EU-Mitgliedern, die den Weg einer forcierten Integration nicht mitgehen wollen. Die Euro-Zone fand daher zuletzt nur die Kraft zu Placebo-Massnahmen wie der Ankündigung eines 130 Milliarden schweren Wachstumspakets, dessen Gelder allerdings längst in dem einen oder anderen Topf verbucht sind.

Verantwortung übernehmen

Um das Steuer doch noch herumzureissen, muss auf der Brücke dieses Geisterschiffs wieder ein Steuermann stehen. In Brüssel lassen sich nur dann Fortschritte erzielen, wenn sich Paris und Berlin eng abstimmen. Seit dem französischen Präsidentenwahlkampf stockt diese Zusammenarbeit. François Hollande war die persönliche Profilierung zunächst wichtiger, doch langfristig nützt ihm seine neu gewonnene Popularität in Athen oder Rom wenig. Zugleich müssen Frankreich und Italien, die Schwergewichte unter den wirtschaftlichen Wackelkandidaten, durch echte Strukturreformen beweisen, dass sie Rettung nicht nur von anderen, vorzugsweise Deutschland, erwarten. Solange die Hauptbetroffenen der Krise nicht Verantwortung für das eigene Schicksal übernehmen, wird das Vertrauen in den Euro nicht zurückkehren.